



## *Podium*

Deutschland gehört zu den reichsten Ländern der Welt und im OECD-Vergleich gleichzeitig auch zu denen mit der größten Ungleichverteilung. Obwohl die Arbeitslosigkeit zurückgeht, das Bruttoinlandsprodukt und die Vermögensrate steigen, nimmt die Anzahl der von Armut betroffenen Menschen zu.

Besonders Alleinerziehende, Erwerbslose, Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund sowie zunehmend auch ältere Menschen, sind von Armut bedroht oder betroffen.

Laut Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands (2016, 35) wächst jedes fünfte Kind hierzulande in Armut auf. Tendenz steigend. Deutschland verstößt damit gegen die UN Kinderrechtskonvention, die jedem Kind das Recht gewährt, nicht in Armut aufzuwachsen.

Diese Entwicklungen lassen sich auf die steigende Einkommensungleichheit, die Ausweitung des Niedriglohnsektors, die geringe gesellschaftliche und monetäre Wertschätzung von Care Arbeit und die Kürzungen von Sozialleistungen und der gesetzlichen Rentenversicherung zurückführen.

Dieser Abwärtsspirale steht eine nie dagewesene Konzentration von Vermögen bei den Reichsten der Gesellschaft gegenüber. Laut dem Institut Deutscher Wirtschaftsforschung besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung 32 Prozent des gesamten Vermögens, die reichsten 0,1 Prozent besitzen 16 Prozent. Einkommen aus Vermögen wächst schneller als die gesamte Wirtschaft. Die Konzentration des Vermögens nimmt also zu, wenn der Staat nicht dagegen steuert.

Nicht nur die Ungleichheit zwischen armen und reichen Menschen, sondern auch die zwischen armen und reichen Regionen und Kommunen wächst. Öffentliche Infrastruktur, von der insbesondere ärmere Menschen existenziell abhängig sind, leidet vielerorts massiv unter der Verschuldung kommunaler Haushalte. Um Investitionen in Krippen, Schulen, öffentlichen Nahverkehr und sozialen Wohnungsbau wieder bedarfsgerecht tätigen zu können, empfiehlt sich die Einführung einer Vermögenssteuer, die wachsender sozialer Ungleichheit entgegenwirkt.

Auskömmliche Erwerbsarbeit ist aktuell natürlich ein Schlüssel zur Armutsvermeidung und schafft die Grundlage für soziale und kulturelle Teilhabe. Doch viele Menschen sind auf dem Arbeitsmarkt be



nachteiligt. Hier muss Politik darauf hinwirken, die Chancen von Langzeitarbeitslosen, behinderten oder psychisch kranken Menschen zu verbessern oder Arbeitsplätze an familiäre Verpflichtungen anzupassen.

Solche Maßnahmen dürfen aber nicht gegen die Forderungen nach existenzsichernden Geldleistungen ausgespielt werden.

Ständige Existenzängste mindern die Lebensqualität Sozialleistungsabhängiger oder Menschen mit niedrigem Einkommen bzw. niedriger Rente erheblich. Höhere Hartz IV-Sätze, die ersatzlose Abschaffung der Hartz IV-Sanktionen, eine Einführung einer Kindergrundsicherung und einer existenzsichernden Garantierente würden zumindest ein Mindestmaß an kultureller und sozialer Teilhabe ermöglichen.

Gerade in der Rentenpolitik wird aber immer wieder versucht, Kürzungen des Rentenniveaus mit dem Argument der Generationengerechtigkeit zu legitimieren. Mit dem Heraufbeschwören eines Generationenkonflikts sollen junge und alte Menschen, die Altersarmut fürchten, gegeneinander ausgespielt werden. Die Bekämpfung des Altersarmutsrisikos ist aber eine gesellschaftliche Aufgabe, die nur mit einer Stärkung der Gesetzlichen Rentenversicherung erreicht werden kann. Weitere Rentenkürzungen und Privatisierungen führen zur Entsolidarisierung der Generationen und steigern das Risiko der Altersarmut. Kapitalgedeckte Altersversicherungen sind also keine Lösung. Angesichts des demografischen Wandels und des steigenden Risikos der Altersarmut ist es unumgänglich, eine existenzsichernde Basisrente umlagefinanziert zu sichern.

Auch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ein vieldiskutiertes Instrument zur Armutsbekämpfung.

Es würde gleichzeitig auch den Lohnarbeitszwang in Frage stellen. Eine Entbindung vom Lohnarbeitszwang ist angesichts der voranschreitenden Rationalisierung und Digitalisierung ohnehin langfristig notwendig. Und natürlich ist dies auch politisch geboten, wenn wir ernst nehmen, dass allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zustehen sollte.